

Peter Wortmann

Tel: 04144/7137

peter-wortmann@t-online.de

21726 Oldendorf, den 13. Febr. 2014

Am Weißenmoor 46

Empfänger: stateaidgreffe@ec.europa.eu

Betr: HT 359 - Consultation on Community Guidelines on State Aid for Environmental Protection

Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich engagiere mich seit mehr als 20 Jahren im Natur- und Klimaschutz. Die Atomkatastrophe von Tschernobyl hat mich dazu gebracht, gegen den Betrieb von Atomkraftwerken zu handeln und nach anderen Energieträgern zu suchen. Meiner Meinung nach soll es nicht nur bei Lippenbekenntnissen bleiben sondern der Einsatz einer jeden BürgerIn für Erneuerbare Energien ist notwendig.

So baute ich im Jahre 2000 mit anderen LehrerInnen und Eltern auf der Grundschule Estorf die erste Gemeinschafts-Solarthermieanlage. Im Jahre 2005 folgte eine große Bürger-Photovoltaikanlage auf dem Dach der Estorfer Turnhalle. Weitere Bürgerenergieanlagen folgten in Oldendorf, für die ich mich auch finanziell engagiere.

Seit 2011 bin ich Netzwerker der Energie-Initiativen im Elbe-Weser-Raum:

www.100ee-elbe-weser.de

Auf verschiedenen Fachtagungen mache ich immer wieder deutlich, dass für die notwendige Energiewende eine echte Bürgerbeteiligung unabdingbar ist. Gegenwärtig unterstütze ich die Gründung von Genossenschaften – auch bei uns in Oldendorf.

Gerade in Deutschland zeigen die Bürger - als Einzelpersonen oder in einer der mehr als 880 Energiegenossenschaften organisiert - dass die Energiewende hin zu erneuerbaren Ressourcen und einer dezentralen Struktur gewollt und möglich ist. Damit gehen sie absolut konform zu den Zielen, die sich auch die EU gesetzt hat: Klimaschutz und Demokratie. Diese Bewegung zu stoppen, würde dem Grundgedanken der Europäischen Union widersprechen.

Daher lehne ich die Detailregelungen (RZ 110 bis 137) ab und fordere eine Überarbeitung der Leitlinie dahingehend, dass den Mitgliedstaaten unter Wahrung gewisser Rahmenbedingungen die Freiheit bleibt, selbst geeignete Fördersysteme zu formulieren. Diese Fördersysteme sollen die Beteiligung von Bürgern in regionalen Energiegesellschaften fördern und somit die lokale Wertschöpfung voran bringen.

Einspeisetarifsysteme und nationale Regelungen müssen erlaubt bleiben

Insbesondere fordern wir vom Netzwerk der Energie-Initiativen im Elbe-Weser-Raum, dass die bewährten Einspeisetarifsysteme auch weiterhin zulässig bleiben, denn sie garantieren

den Bürgern die notwendige Investitionssicherheit. Eine Begrenzung auf die stattdessen vorgesehenen Modelle - Ausschreibung und/oder handelbare grüne Zertifikate - haben bislang in der Praxis nicht funktioniert und einseitig große Konzerne begünstigt, die sich die Bürokratie eines solchen Verfahrens leisten können. Eine solche Vereinheitlichung birgt überdies die Gefahr, dass die einzelnen Mitgliedsstaaten keine nationalen Ausbauziele für erneuerbare Energien formulieren und ihre individuellen Möglichkeiten und Bedürfnisse nicht berücksichtigen.

Auch eine, wie in dem Entwurf vorgesehene, Unterscheidung von ausgereiften und nicht ausgereiften Technologien konterkariert die Notwendigkeit, die Energieversorgung als ein auf regionale Gegebenheiten abgestimmtes System zu begreifen. Ob eine Technologie reif und erfolgversprechend ist, kann nicht allein an ihrem Marktanteil bemessen werden. Daher muss die Unterscheidung in "deployed" und "less deployed technologies" entfallen.

In der 2009 von der EU verabschiedeten Richtlinie zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen wurden ambitionierte, verbindliche Ziele mit den Mitgliedstaaten vereinbart, die dazu nationale Aktionspläne vorlegten. Der nun vorgelegte Entwurf zur Regelung der Umweltbeihilfen steht dazu im Widerspruch, da er den Mitgliedstaaten die Möglichkeit nimmt, diese Ziele weiter in eigener Gestaltung zu verfolgen.

Umweltbeihilfen für Kohle und Atom müssen ausgeschlossen werden

Die Energiegewinnung aus Kohle und Atom ist nicht nur an sich umweltschädlich, sondern sie blockiert auch den Ausbau erneuerbarer Energien, da die Technologien nicht kompatibel sind. Umweltbeihilfen für Kohle und Atom müssen daher explizit ausgeschlossen werden.

Ohnehin besteht diesbezüglich eine große Ungleichbehandlung: Allein 2011 hat es laut Europäischer Kommission Subventionen in Höhe von 66 Mrd. Euro für Kohle- und 35 Mrd. Euro für Atomkraft gegeben (Gesundheits-, Forschungs-, Umweltfolge- und Rückbaukosten nicht berücksichtigt), jedoch nur 30 Mrd. Euro für die für die Umwelt verträglicheren und für die Wirtschaft rentableren erneuerbaren Energien.

Wir Bürger wollen die Energiewende – Jetzt!

In Deutschland ist im Schnitt jeder vierte Bürger in einer Energiegenossenschaft aktiv und hat Kraft und Geld investiert. Nur so konnte der Anteil der erneuerbaren Energien schnell auf etwa 25% am nationalen Stromverbrauch gesteigert werden. Wo Bürger involviert sind, ist überdies eine hohe Akzeptanz für zunächst umstrittene Projekte - etwa für Windräder - gegeben.

Wir fordern Sie daher auf: Beugen Sie sich nicht dem Druck einiger einflussreicher Lobbyisten, sondern helfen Sie uns Bürgern, das Weitsichtprojekt Energiewende voran zu treiben.

Mit freundlichen sonnigen Grüßen



